

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1869

16.12.1869 (No. 295)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 16. Dezember.

Nr. 295.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr.
Einzugsgebühr: die gebaltene Zeitungs- oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1869.

Telegramme.

† **Wien, 14. Dez.** Die offiziöse Wiener „Abendpost“ widerlegt in entschiedenen Worten die Nachricht, daß die Majorität des Ministeriums ihre Entlassung eingereicht habe.

* **Florenz, 14. Dez.** Heute ist das neue Kabinett beidigt worden. Es wird sich morgen dem Parlament vorstellen. Hr. Castagnola hat das Ackerbauministerium angenommen.

† **Paris, 14. Dez.** In der heutigen Sitzung des Gesetgeb. Körpers wurde eine Interpellation niedergelegt, die von 22 Freihändlern, und eine andere, die von 50 Schutzöllnern unterzeichnet war. — „France“ glaubt die Frage der Ministerkrisis werde erst nach der Verifikation der Wahlen zur Entscheidung kommen. Das jetzige Kabinett habe sich dahin entschieden, das Votum der Kammer abzuwarten.

Deutschland.

Karlsruhe, 15. Dez. Das heute erschienene Gesetzes- und Verordnungsblatt Nr. 35 enthält eine Bekanntmachung des Ministeriums des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten: den Vertrag mit dem Norddeutschen Bunde wegen gegenseitiger militärischer Freizügigkeit betreffend.

München, 13. Dez. (Münch. K.) Unter den Kandidaten für das Portefeuille des Staatsministeriums des Innern nennt man jetzt u. A. auch den Ministerialrath im Handelsministerium, Hrn. v. Braun, den Verfasser und Referenten des Gesetzes bezüglich der Gewerbefreiheit.

— In „patriotischen“ Kreisen, wo durch die ungeahnte lange Dauer der Ministerkrisis der Glaube an die Unmöglichkeit, daß sich ein liberales Ministerium konstituiren könne, zu wachsen scheint, hat man nun auch eine Ministerliste zusammengestellt, worauf Graf Bray, der bayerische Gesandte in Wien, als Minister des Innern, Reichsrath Frhr. v. Schenk als Minister des Innern, Staatsrath Baron Bobkowsky als Handelsminister, Präsident Frhr. v. Lerchenfeld als Kultusminister und General Wolf als Kriegsminister figuriren.

Dresden, 13. Dez. (Dresd. J.) In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer begründete Abg. Dr. Wigard eine bezüglich der Rechtsverhältnisse der Deutschkatholiken in der Oberlausitz eingebrachte Interpellation, welche vom Staatsminister Frhr. Dr. v. Falkenstein sofort beantwortet wurde. Der Interpellant behielt sich weitere Anträge vor. Hierauf nahm die Kammer ohne Debatte den wegen provisorischer Forterhebung der Steuern und Abgaben im Jahre 1870 von der Staatsregierung vorgelegten Gesetzentwurf, in welchem die Erhebung der ordentlichen Steuern (ohne Zuschläge) beantragt wird, einstimmig an.

Braunschweig, 13. Dez. Dem Vernehmen nach hat die Mehrheit der Eisenbahn-Kommission sich für den Verkauf der braunschweigischen Staatseisenbahnen in der von der Regierung vorgeschlagenen Weise mit wesentlichen Modifikationen entschieden. Es ist schwerlich zu erwarten, daß die Eisenbahnfrage noch in diesem Jahr im Plenum des Landtages zur Verhandlung kommt.

Hannover, 13. Dez. (Fr. J.) Die Landessynode ist heute ohne Sang und Klang geschlossen worden. Um 1 Uhr erschien der Oberpräsident, Graf Stollberg, im Sitzungssaal, forderte den Präsidenten auf, die Verhandlung zu schließen und ihm seinen Platz einzuräumen. Nachdem dies geschehen, verlas derselbe den vom 4. Dez. datirten k. Erlaß an den Kultusminister v. Mühlner, in welchem der Schluß der Synode auf den 13. Dez. angeordnet ist, und forderte den Oberkonsistorialrath Dr. Uhlhorn auf, das Schlußgebet zu sprechen. Nachdem dieser Aufforderung Folge gegeben war, erklärte Graf Stollberg kraft des ihm gewordenen Auftrages die Versammlung der ersten hannoverschen Landessynode für geschlossen, worauf die Abgeordneten nach dem k. Kommissar den Saal verließen.

* **Berlin, 13. Dez.** In der heutigen (32.) Sitzung des Bundesrathes führte der Geh. Rath Delbrück den Vorsitz. Das Präsidium legte Anträge vor, betreffend: a) den Abschluß eines Jurisdiktions-Vertrages mit Hessen; b) die Wahlen der Mitglieder des Oberhandelsgerichts. Es folgten Johann Auschupferberichts über: 1) die Vorlage des Präsidiums betr. die zur Ausführung des Wechselstempelsteuer-Gesetzes nötigen Anordnungen; 2) den Antrag Oldenburgs betr. die Gründung eines Zentralorgans für die Veröffentlichungen des Bundes; 3) den Antrag Sachsens betr. das Gnadengehalt der Militärinvaliden; 4) a. die Auslegung des § 29 der Gewerbeordnung, b. die Vorlage des Präsidiums wegen des Erlasses von Bestimmungen über die Zulässigkeit von Dampfkegel-Anlagen; 5) die Vorlage des Präsidiums betr. die Prozentanteile an den Posteinnahmen aus Anlaß der Aufhebung der Postfreiheiten; 6) die Vorlage des Präsidiums betr. die Deckungsmittel für die Bundes-Generalkasse für 1870.

Das Abgeordnetenhaus nahm in seiner heutigen Sitzung in der Spezialdebatte über das Konsolidationsgesetz den ersten und zweiten Paragraphen des Gesetzes an.

Berlin, 13. Dez. Auf eine Anfrage des Abgeordnetenhauses, betr. die Rechnungsablegung über das sequestrirte Vermögen des Königs Georg und des Kurfürsten von Hessen, erklärte das Staatsministerium, daß über diejenigen sequestrirten Gelder, welche, gemäß dem Staatshaushalts-Etat, aus der Staatskasse zu zahlen sind, die Rechnungslegung erfolgt. Ueber die Verwendung der für Rechnung der depossedirten Fürsten verwalteten Gelder glaubt die Regierung nicht zur Rechnungslegung verpflichtet zu sein, da sich die Verwendung von Geldern zu politischer Ueberwachung der gegen Preußen gerichteten Bestrebungen als solche der Veröffentlichung entzieht.

* **Berlin, 14. Dez.** Das Abgeordnetenhaus setzte heute die Spezialdebatte über das Konsolidationsgesetz in einer Abend Sitzung fort. Die §§ 3 — 8 wurden zuerst einzeln und hierauf bei Namensaufruf das ganze Gesetz mit 242 gegen 128 Stimmen angenommen. Zu § 7 wurde ein von dem Abg. Lent gestelltes Amendement, die Depositalfähigkeit der konsolidirten Anleihe betr., angenommen.

Berlin, 14. Dez. (Köln. Jtg.) Ein über Neu-York gestern eingetroffenes Telegramm meldet offiziell, daß die chinesische Regierung am 29. Nov. d. J. die zwischen den Vereinigten Staaten und China vereinbarten Additionalartikel vom 28. Juli 1868 in aller Form ratifizirt hat.

Ein angeblich Petersburger Telegramm, das die egyptische Frage noch immer als bedenklich darstellt, weil Egvpten eines der vielen Motive für ein französisch-russisches Einverständnis wäre, wird in unterrichteten Kreisen als apotryph angesehen und als ein ungeglückter Versuch, dem Eindruck der neulichen Ordensverleihung an Sr. Maj. den König entgegenzuwirken.

○ **Berlin, 14. Dez.** Sr. Maj. der König nahm heute Vormittag den Wirkl. Geh. Legationsrath A. Becken zum Vortrag. Derselbe hat in Stellvertretung des Unterstaatssekretärs v. Thile interimistisch die Geschäftsleitung im Ministerium des Auswärtigen übernommen. Hr. v. Thile ist von einem schweren Familienunglück betroffen worden.

Gestern Nacht in Berlin am Herzogthum Mecklenburg. Der Verstorbenen war schon längere Zeit kränzlich. Heute sind Herr und Frau v. Thile nach Berleberg gereist, um die Leiche ihres Sohnes nach Berlin überzuführen. — Wie verlautet, wird Sr. Königl. Hoheit der Prinz Albrecht in etwa acht Tagen aus St. Petersburg hier wieder eintreffen. Derselbe nimmt auf besondere Einladung in den Umgebungen der russischen Hauptstadt noch an mehreren Hoffjagden Theil.

Bekanntlich war es die ursprüngliche Absicht des Grafen Bismarck, die in Folge einer Karlsbader Brunnenkur ihm verordnete Nachkur bis gegen Weihnachten nach Barzin zu beendigen. Seitdem er durch die Kunde von der Erkrankung seines Sohnes aus Barzin abberufen wurde, ist sein dortiger Hausstand aufgelöst worden. Deshalb begibt er sich für jetzt nicht wieder nach Barzin, fest aber seine Nachkur in Berlin fort und wird dieselbe wahrscheinlich in Schönhausen vollenden. Die Nachrichten über die Krankheit seines Sohnes haben ungünstig auf seinen Gesundheitszustand eingewirkt. Graf Bismarck ist wieder etwas leidend und muß auf ärztlichen Rath sich neuerdings noch mehr, als in der vorigen Woche, von der Befassung mit Amtsgeschäften zurückhalten. Um so weniger steht zu erwarten, daß er — wie jetzt abermals einige Blätter behaupten — sich an den Verhandlungen des Herrenhauses über die Finanzvorlagen betheiligen werde.

— Der Botschaftsrath Graf zu Solms-Sonnenwalde, welcher bekanntlich viele Monate in Paris als Geschäftsträger fungirt hat, ist von dort mit Urlaub in Berlin angekommen. Nach Mittheilungen aus Tripolis sollen die dortigen Häfen Tabrak und Bomba für Freifahrten erklärt und den Schiffen aller Nationen geöffnet werden.

Mehrere Berichte, welche von der Handelskammer an das Handelsministerium eingeschickt worden sind, sprechen den Wunsch aus, daß die im Norddeutschen Bunde auf dem wirtschaftlichen Gebiete bestehende einheitliche Gesetzgebung bald auf den ganzen Bereich des Zollvereins ausgedehnt werden möge. — Demnächst wird der hier versammelte Norddeutsche Bundesrath sich wieder vertagen, und zwar bis zur Mitte des Monats Januar k. J. Die jetzige Vereinigung desselben wurde besonders dadurch nothwendig, daß hinsichtlich der am 1. Januar 1870 theilweise in Kraft tretenden neuen Maß- und Gewichtsordnung noch manche Ausführungsbestimmungen zu treffen sind. Beim Wiedertreffen des Bundesrathes soll die Feststellung der dem Reichstag zu machenden Vorlagen erfolgen.

Oesterreichische Monarchie.

* **Wien, 14. Dez.** In der Sitzung des Herrenhauses interpellirten heute vierzehn Mitglieder desselben das Gesamtministerium anlässlich der gestrigen Arbeiterdemonstration, die ungesetzlich gewesen sei. Die Interpellation fragt an, warum die Behörden die Versammlung nicht verhüten hätten und welche Antwort den Arbeitern erteilt worden sei? Der Ministerpräsident verspricht demnächstige Beantwortung. — In weiteren Verlauf der Sitzung brachte der Ju-

stizminister einen Gesetzentwurf über Führung der Grundbücher ein. — Das Herrenhaus hat ebenfalls, wie das Abgeordnetenhaus, eine Adreßkommission von 15 Mitgliedern gewählt.

Wien, 14. Dez. Die „N. Fr. Pr.“ schreibt: Das Abgeordnete Haus hat heute seine Präsidenten gewählt und darauf den Vorbericht des Finanzministers Brestel vernommen, einen Bericht, wie er günstiger schon lange nicht in Oesterreich gehört wurde. Die „W. Ztg.“ zeigt amtlich an, daß der Landmarschall von Niederösterreich, Frhr. v. Pratobevera, und der Bürgermeister von Wien, Dr. Felder, zu Mitgliedern des Herrenhauses berufen wurden. Außerdem enthält das amtliche Blatt eine Note, welche die Nachricht von der Demission des Kriegsministers Frhrn. v. Kuhn in bestimmter Weise dementirt. Was heute die Blätter über das Demissionsgesuch aller Minister melden, wird uns als unwahr bezeichnet. Wahr scheint indessen zu sein, daß die Partei Giskra-Herbst im Ministerium eine rasche Entscheidung über die Situation innerhalb des Kabinetts jetzt mit Nachdruck anstrebt. (S. o. Wien, Tel.)

Aus Zara, 7. Dez., wird gemeldet: Vor seiner Abreise nach Wien soll der Statthalter F. M. Wagner den Bewohnern der Zupa, deren Häuser und Delbäume bei der letzten Expedition zerstört wurden, eine vorläufige Entschädigung von 20,000 fl. angewiesen haben.

Schweiz.

Bern, 14. Dez. (Bund.) In Bezug auf die Vertheilung der Departements der eidgenössischen Verwaltung an die Mitglieder des Bundesrathes hat für das nächste Jahr einfach die Aenderung stattgefunden, daß der Bundespräsident Ruffy das politische Departement — Stellvertreter Vizepräsident Dubs — und Bundesrath Welti wieder das Militärdepartement — Stellvertreter Bundespräsident Ruffy — übernimmt. Hr. Welti ist ferner zum Stellvertreter des Vorgesetzten des Justiz- und Polizeidepartements bezeichnet.

Italien.

mit der Paps Pius in der vatikanischen Basilika die Verhandlungen des ökumenischen Konzils eröffnete, liegt uns nun im Wortlaut vor. Wir geben daraus die wichtigsten Stellen.

Höchst freuen wir uns, sagte der Paps, daß, was wir mit allen Wünschen und Gebeten von Gott ersuchen, dieses von uns angelegte ökumenische Konzil feiern zu können, uns durch eine ausgezeichnete und besondere Gnade Gottes verliehen worden. Darum frohlockt unser Herz in dem Herrn und überströmt von unglaublichem Troste, die wir in diesem verheißungsvollen, der unbedeckten Empfängniß der Gottesgebärerin Jungfrau Maria geweihten Tage euch, die ihr zur Theilnahme an unserer Fürsorge berufen seid, wieder in größerer Zahl als je in dieser Besten der katholischen Religion gegenwärtig schauen und eures höchst angenehmen Anblicks uns erfreuen. Ihr aber, im Namen Christi versammelte ehrwürdige Brüder, seid nun da, daß ihr mit uns Zeugniß gebet dem Worte Gottes und das Zeugniß Jesu Christi und alle Menschen mit uns den Weg Gottes in der Wahrheit lehren und über die Einwendungen einer falschen Wissenschaft mit uns unter Leitung des heiligen Geistes errichten. Denn wenn jemals, fordert ganz besonders in dieser Zeit, wo die von ihren Bewohnern vergiftete Erde wahrhaft weilt und matt geworden ist, der Eifer für die göttliche Ehre und das Heil der Herde des Herrn von uns, daß wir Eion umgeben und umfassen, auf seinen Thürmen erzählen und unsere Herzen in seine Kraft setzen. Denn ihr seht, ehrwürdige Brüder, mit welchem Anselm der alte Feind des Menschengeschlechtes das Haus Gottes, welchem Heiligkeit ziemt, angefallen hat und noch immer anfällt. Auf sein Anstiften grast die Verschwörung der Gottlosen weit und breit, welche durch Vereinigung stark, an Mitteln mächtig, mit Instanzen versehen, und als Deckmantel der Bosheit die Freizügigkeit gegen die heilige Kirche Christi zu drängen. Dieses Krieges Art, Gewalt, Waffen, Fortschritte und Pläne kennt ihr. Unablässig schwebt euch vor Augen die Störung und Verwirrung der gesunden Lehre, auf welche die menschlichen Dinge in allen ihren Ordnungen sich stützen, die beweinen swertige Verbreitung jedes Rechtes, die vielfältigen Künste liden Lügens und Verfälschens, durch welche die heilsamen Bande der Gerechtigkeit, der Ehrbarkeit und der Autorität gelöst, die schlechtesten Begierden entflammt werden und der christliche Glaube gänzlich aus dem Herzen ausgerottet wird, so daß in dieser Zeit der gewisse Untergang der Kirche Gottes zu fürchten wäre, wenn sie je durch die Umtriebe und Anstrengungen der Menschen ausgerottet werden könnte. Und dieses ist mächtiger als die Kirche, sagt der heilige Johannes Chrysostomus, die Kirche ist fester als der Himmel selbst, Himmel und Erde werden vergehen, meine Worte aber werden nicht vergehen. Welche Worte? Du bist Petrus, und auf diesen Felsen will ich meine Kirche bauen, und die Pforten der Hölle werden sie nicht überwältigen.

Der Paps führte dann weiter aus, trotzdem sei es Pflicht des Stellvertreters Christi auf Erden, die geeignetsten Wege einzuschlagen, auf denen der der Kirche zugesagte Schaden wieder gut gemacht werden könne. Eingedenk der Worte

Isaias: „In consilium coge concilium“, und in Erinnerung, daß die Einberufung von Konzilien auch von früheren Päpsten mit gutem Erfolg angewendet worden sei, habe er, der Papst, nach Einholung der Ansicht des Kardinalskollegiums die Einberufung des Konzils beschlossen. Er dankte dann den versammelten Kirchenfürsten und der durch sie gewissermaßen repräsentierten christlichen Familie für ihren Eifer und ihre innige Einigung mit dem apostolischen Stuhl und spricht die Hoffnung auf Erzielung der reichsten und wünschenswertesten Resultate aus. Nie sei der Kampf gegen die Herrschaft Christi mit mehr Schlaueit und Hartnäckigkeit geführt worden, nie sei die Einigung der Priester des Herrn mit dem Oberhirten der Herde dringender nöthig gewesen; diese Einigung bestche durch besondere Gnade der Vorsehung.

Wohlan also, — fuhr der Papst fort — ehrwürdige Brüder, stüzt euch im Herrn und im Namen der erhabenen Dreieinigkeit, geheiligt in der Wahrheit, angethan mit den Waffen des Lichtes, lehret mit uns den Weg, die Wahrheit und das Leben, wonach dies von so vielen Kümernissen beunruhigte Menschengeschlecht doch wohl schon sich sehen muß, bemüht euch mit uns, daß der Friede den Staaten, das Gesez den Barbaren, den Klöstern Ruhe, der Kirche die Ordnung, den Klerikern die Zuht, Gott ein angenehmes Volk wiedergegeben werden können. Gott steht an seinem heiligen Orte, er ist mit unsern Betrachtungen und Handlungen, er selbst hat uns zu seinen Dienern und Helfern bei einem so ausgezeichneten Werke seiner Barmherzigkeit erlesen, und also müssen wir diesem Amte dienen, daß wir ihm allein in dieser Zeit unsern Geist, unser Herz und unsere Kräfte weihen.

Schließlich wendete sich der Papst vertrauensvoll mit Gebet an den heiligen Geist, die heilige Jungfrau Maria, die Engel und Erzengel, die heiligen Apostel Petrus und Paulus und an alle Heiligen des Himmels.

Rom, 9. Dez. (Köln. Btg.) Es hat sich bei der ersten Sitzung herausgestellt, daß die Konzilshalle für ihren nächsten praktischen Zweck wenig brauchbar ist. Die Redner bleiben fast unverständlich. Die „Unita Cattolica“ theilt unterm 8. d. M. mit, daß sie an diesem Tage über 150,000 Fr. von ihr zum Besten des Konzils gesammelt, dem heil. Vater zu Füßen gelegt hat. Der Ertrag der von ihr während des laufenden Jahres angestellten Sammlung übersteigt eine halbe Million. Was die Verpflichtung der Bischöfe zur Geheimhaltung der auf dem Konzil zur Sprache kommenden Gegenstände anbelangt, so beruht dieselbe keineswegs auf einem ausdrücklich von denselben geleisteten Eide. Vielmehr ist der Sekretär des Konzils, Bischof Fessler, gerade wegen seiner Eigenschaft als Bischof von dem den übrigen Beamten des Konzils auferlegten Eide entbunden gewesen. Wohl aber ist in dem am 2. Dez. den Prälaten übergebenen apostol. Schreiben die Weisung enthalten, daß „alle Väter, Theologen, Canonisten und die Uebrigen, welche in irgend welcher Weise den Vätern und Beamten des Konzils zur Seite stehen, streng und kraft apostolischer Autorität gehalten sind, das strengste Geheimniß zu bewahren.“

Rom, 13. Dez. Der Papst hat den Patres des Konzils die Zusammenziehung der Kommission notifiziren lassen, welche von ihm ernannt werden sollte und welche, mit Vorbehalt der höchsten Bestätigung, die Fragen, welche das Recht der Initiative besitzenden Väter des Konzils vor die Versammlung bringen wollten, anzunehmen oder zu verwerfen hat. Der Präsident dieser Kommission ist der Kardinal Patrizi. Die Hauptmitglieder sind die Kardinalen Antonelli und Billo, der lateinische Patriarch von Jerusalem, die Erzbischöfe von Mecheln und von Westminster, der Bischof von Paderborn. Nur zwei Franzosen sitzen in dieser Kommission, die Erzbischöfe von Rouen und von Tours.

Messina, 13. Dez. Die Fregatte „Elisabeth“ hat Messina heute Nachmittag passiert. Der Kronprinz von Preußen und sein Gefolge befanden sich wohl; auf der Ueberfahrt von Alexandrien war das Wetter gestern und vorgestern sehr stürmisch.

Frankreich.

Paris, 14. Dez. Im Blaubeuch wird die allgemeine innere Lage mit wenigen Worten charakterisirt. Es heißt da:

Das Jahr 1869 wurde durch zwei wichtige politische Thatsachen bezeichnet. Der Gesetzgeb. Körper, der am Ende seines Mandats angelangt war, wurde in der durch Artikel 38 der Verfassung vorgesehene Weise erneuert. In dem ganzen Kaiserreich gingen die Wahloperationen gleichzeitig von Statten. Mehr als acht Millionen Wähler nahmen an derselben Theil und trotz der Lebhaftigkeit der in den Blättern eröffneten Polemik, trotz der Heftigkeit der in gewissen öffentlichen oder Privatversammlungen gehaltenen Reden fand das Botum in unbestreitbarer Ordnung und Regelmäßigkeit statt. Die Masse der Bevölkerung blieb den Versuchen von Ruhestörungen fremd, welche nach den Wahlen in Paris und in einigen großen Städten auftraten. Ein Senatskonkult, vom 8. September datirt, hat die Verfassung von 1852 in mehreren wichtigen Punkten verändert. In dem der neue Verfassungstext das Prinzip der Verantwortlichkeit des Souveräns aufrecht erhält, führt er auch die kollektive Verantwortlichkeit der Minister ein; er beseitigt die Unvereinbarkeit zwischen den Funktionen eines Ministers und dem Abgeordnetenmandat; er überträgt dem Gesetzgeb. Körper im Verein mit dem Kaiser die Initiative zu den Gesezen; er setzt an die Stelle der Abstimmung über das Budget nach großen Abschnitten die Abstimmung nach Kapiteln u. s. w.

Dann folgen die Berichte über die einzelnen Ministerien und großen Verwaltungsstellen.

Der Senator Baron v. Labourelle, Maire des 8. Arrondissements, ehemaliger Kavallerie-Rittmeister, ist Sonntag Abend plötzlich gestorben. — Rente 72,95, Cred. mob. 212.50, ital. Anl. 55.30.

Spanien.

Madrid, 13. Dez. Die Cortes haben heute die Diskussion des Kommissionsberichts über die Angaben des Hrn. Figuerola bezüglich des Verschwindens der Kronjuwelen begonnen. Hr. Eloyen bekämpft erstere und verteidigt

die Königinnen Christine und Isabella. Marshall Prim antwortet auf einige vom Redner auf ihn gemachte Anspielungen. Hr. Gonzalez Encinas, Mitglied der Kommission, spricht sich für eine Enquete aus, weil sie das beste Mittel sei, die Wahrheit zu erkennen. Die Diskussion dauert fort.

Belgien.

Brüssel, 14. Dez. (Fr. Z.) Der Präsident des Senats, Fürst v. Ligne, hat sich auf mehrere Monate beurlaubt. Man erblickt in diesem Schritt ein Anzeichen seines bevorstehenden definitiven Rücktritts.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 13. Dez. Die hiesigen Blätter veröffentlichen den Wortlaut der zwischen dem Kaiser und mehreren auswärtigen Monarchen anlässlich des Georgsfestes gewechselten Telegramme, worunter das an den König von Preußen den Charakter innigster Freundschaft und Anhänglichkeit trägt. Dasselbe dankt für das vom Prinzen Albrecht überreichte Schreiben, und bittet, den Georgsorden erster Klasse anzunehmen, „als neues Zeichen der Freundschaft, die uns vereint, und auch als Andenken an die große Epoche, wo unsere vereinten Armeen für den gemeinschaftlichen heiligen Zweck gekämpft haben!“ Das ebenfalls veröffentlichte Antworttelegramm des Königs von Preußen bekundet die gleichen Gefühle der Freundschaft und Erinnerung und begleitet die Verleihung des Ordens „pour le mérite“ an den Kaiser mit den Worten: „Die Armee wird stolz sein, Sie als Ritter dieses Ordens zu sehen!“ Ein von dem Kaiser von Oesterreich am Tage vor dem Feste eingegangenes Telegramm bedauert, daß er erst jetzt, von seiner Reise nach dem Orient zurückgekehrt, Kenntniß von dem Ordensfeste erhalten habe und nicht „in gewünschter Weise“ an demselben Theil nehmen könne. Das Telegramm bringt den Ausdruck lebhafter Sympathie und Theilnahme für Rußland und die russische Armee; der Kaiser werde in Gedanken inmitten der Ritter des Georgsordens sein, zu denen er sich mit Stolz zählen dürfe. Die Antwort des Kaisers Alexander drückt die aufrichtige Freude über das Telegramm des Kaisers von Oesterreich aus und erinnert denselben an die „unvergessliche“ Zeit, wo dem Orden die Ehre wurde, den österreichischen Monarchen unter seine Ritter aufzunehmen.

Großbritannien.

London, 14. Dez. Ein neues von der Agrarfrage hervorgerufenes Aktentat ist gestern in Castletown in Irland verübt worden.

Amerika.

Washington, 13. Dez. Das Repräsentantenhaus verwarf heute mit 128 gegen 42 Stimmen den Vorschlag zur Erneuerung des Reziprozitäts-Vertrages mit Canada.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 14. Dez. Die öffentliche Sitzung der 1. Kammer mit dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt. (Schluß.)

Hierauf ward zum vierten Gegenstand der Tagesordnung, zur Berathung der Petitionsberichte, übergegangen.

Abg. Huffschild berichtet zuerst über eine Petition von Gemeinden aus den Bezirken Mühlheim und Zettlingen um die Aufhebung des den Anwaltszwang vor Kollegialgerichten festsetzenden § 994 der b. Prozeßordnung. Die Kommission sei der Ansicht, daß diese fast in allen anderen Ländern bestehende Bestimmung, wonach die Parteien vor Kollegialgerichten sich durch Anwälte vertreten lassen müssen, im Interesse einer geordneten Rechtspflege nöthig sei und nicht, ohne den Bestand der Kollegialgerichte überhaupt zu erschüttern, abgeschafft werden könne, und beantragte über diese Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Lender bittet, daß die zu besprechenden Petitionen und die Berichterstattung hierüber wenigstens am Abend zuvor im Archivariat zur Einsicht der Mitglieder der Kammer ausliegen möchten, worauf der Präsident erklärt, daß er für genaue Einhaltung dieser schon bisher geltenden Uebung sorgen werde, und Ministerialpräsident Obkircher den Wunsch ausspricht, daß die Petitionen auch den Ministerien früher als bisher eingehändigt werden möchten. — In der über den Antrag eröffneten Diskussion konstatiert zuerst Abg. Hebling, daß unter den gegen die Rechtspflege im Volke kurfürstlichen Beschwerden der Anwaltszwang vorantstehe, bittet die Regierung, wenigstens in geringeren Fällen die eigene Vertretung der Parteien zuzulassen, welche ja auch in Württemberg gestattet sei, und stellt den Antrag, die Petition der Regierung zur Kenntnisaufnahme zuzuwenden. Dieser Antrag wird von den Abgg. Müller und Lichtenberger mit Rücksicht auf den ihnen bekannten Wunsch der Bevölkerung nach Abschaffung des § 994 der b. O. unterstützt, während der Abg. v. Gulat darauf hinweist, daß die Vorredner die Frage, ob den Anwälten für kleine Bemühungen geringere Belohnung zu geben, und ob der Anwaltszwang überhaupt aufzuheben sei, wohl nicht genau unterschieden hätten. Nur damit könne er sich einverstanden erklären, daß das Verfahren bei unbedingten Befehlen den Amtsgerichten überwiesen werde, wo kein Anwaltszwang bestehe.

Abg. Lenz unterstützt den Antrag des Abg. Hebling und spricht den Wunsch aus, daß die Kompetenz der Amtsgerichte erweitert und die Anwaltsgebühren vermindert werden möchten.

Ministerialpräsident Obkircher: Es sei in der ganzen kultivirten Welt anerkannt, daß die Justiz der Kollegialgerichte besser als die der Einzelrichter sei. Ohne Anwaltszwang sei aber die Rechtspflege von Kollegialgerichten nicht durchzuführen, übrigens sei ja nicht die Vertretung, sondern nur die Begleitung durch einen Anwalt im Geseze verlangt. Auch das unbedingte Mandatverfahren könne mit Rücksicht auf die hier manchmal entstehenden schwierigen Einsprachen nicht vor die Amtsgerichte gewiesen werden. Die Taxordnung treffe

übrigens durch niedere Taxen Vorsorge für die Fälle, wo der Anwalt weniger zu thun habe, wie gerade im unbedingten Mandatsprozeß.

Abg. Heilig schließt sich dem Antrag des Abg. Hebling und den vom Abg. v. Gulat bezüglich der unbedingten Befehle geäußerten Wünschen an.

Abg. Baumstark hält dagegen den Anwaltszwang bei Kollegialgerichten für eine Nothwendigkeit; die Mißstimmung der Bevölkerung stamme eigentlich auch nicht daher, sondern gehe theils daraus hervor, daß einige Gegenstände, die anders erledigt werden könnten, vor Kollegialgerichte gewiesen sind; insbesondere diejenigen, welche sich durch Versäumungserkenntnisse erledigen (diese könnten durch die Erlaubniß, wenigstens die Klage vor dem Amtsgericht erheben zu dürfen, dem letzteren zugewiesen werden), theils daraus, daß die Anwaltsstare in mancher Beziehung zu hoch, und insbesondere das Bauscharen-System ein der Bedeutung und Wichtigkeit der verhandelten Sache nicht entsprechendes sei.

Abg. Roschirt verteidigt ebenfalls den Anwaltszwang vor den Kollegialgerichten und wendet sich gegen die vom Abg. Baumstark und Abg. Gulat gemachten Abhilfevorschlüge. — Nachdem der Abg. Hummel seine Uebereinstimmung mit dem Kommissionsantrag dargezogen, Abg. Kusel darauf hingewiesen hatte, daß manche Klage über den Anwaltszwang auf dem Mißstand beruhe, daß der Gebührenordnung ein Durchschnittssystem zu Grunde liege, welches die spezielle Arbeit des einzelnen Prozeßes nicht berücksichtige, während durch den Anwaltszwang die Justiz durchaus nicht theurer, sondern rascher und damit wohlfeiler geworden sei; und endlich Abg. Roschirt auf das durch Prorogation gegen den Anwaltszwang gebotene Mittel aufmerksam gemacht hatte, beantragt Abg. Lindau den Schluß der Debatte, welcher Antrag jedoch abgelehnt wird.

Abg. Kiefer: Er halte sich als Anwalt verpflichtet, hier mitzusprechen; es handle sich hier aber nicht um Berufsinteressen des Anwalts, sondern um das Interesse an einer guten Justiz. Eine Aenderung durch Aufhebung des Anwaltszwangs sei auch nicht in den heute berührten Einzelheiten (unbedingter Mandatsprozeß und Versäumungserkenntnisse) anzurathen. Das Bauscharenprinzip in der Anwaltsstare sei nur nach langer reiflicher Erwägung im Interesse der Beschleunigung der Prozesse und der Kostenersparniß eingeführt worden.

Nachdem hierauf der Berichterstatter Abg. Huffschild für den Kommissionsantrag das Wort ergriffen, die von den Abgg. Lenz, Baumstark und v. Gulat geäußerten Wünsche bekämpft und darauf hingewiesen hatte, daß durch Beschränkung der weitläufigen Schriften und des gehobenen Beweisverfahrens, durch Einführung selbständiger Gerichtsvollzieher den Wünschen des Volkes besser als durch Aufhebung des Anwaltszwangs werde gedient werden, ward unter Ablehnung des Antrags des Abg. Hebling der Kommissionsantrag angenommen.

Hierauf erstattete der Abg. v. Kottack den Bericht über die Petition der Amts- und Amtsgerichts-Aktuare um Besserstellung ihrer Lage: die Kommission anerkennt die Wichtigkeit der Stellung der Aktuare für die geordnete Rechtspflege und Bedauern, daß die Stellung der Aktuare durch die Beschränkung selbst anerkannt, indem man gewisse weit gehende Ansprüche an die Vorbildung dieser Aktuare erhebe; die dermalige Lage der meisten Aktuare aber und insbesondere ihre Dienstentlohnungen entspreche dieser Stellung nicht. Schon früher habe die Kammer mehrmals Petitionen der Aktuare um Besserstellung bei dem Staatsministerium befürwortet, doch seien nur die Ansprüche einer geringeren Anzahl befriedigt worden, denn unter den Amts- und Amtsgerichts-Aktuaren seien bis jetzt nur die Registratoren mit Patent des Großh. Ministeriums angestellt, die andern dagegen haben ihre Stellung nur durch die Gunst der Vorstände, sind durch vierteljährliche Auffkündigung entlassbar und entbehren den Anspruch auf Ruhegehalt. Dabei sei es ferner ungerecht, daß die bei den Bezirksämtern angestellten Aktuare höher bezahlt seien als die Amtsgerichts-Aktuare. Die Kommission sei der Ansicht, die letzteren den Amtsaktuaren gleichzustellen, daß dagegen der Gehalt der letzteren vorerst nicht bringen eine Erhöhung verlange. Ferner glaube die Kommission, daß die Aktuare überhaupt in der Regel von der Großh. Regierung mit Patent angestellt werden sollten. Sie stelle daher den Antrag, das Haus wolle die Petition mit diesen Erwägungen der Großh. Regierung zur Kenntnisaufnahme und Berücksichtigung überweisen.

Justizministerialpräsident Obkircher: Die Großh. Regierung sei damit einverstanden, daß die Amtsgerichts-Aktuare den Amtsaktuaren gleichgestellt werden sollten, was nur durch die Sparsamkeit dieses Hauses bisher verhindert worden sei. Ferner werde jetzt schon mehr als $\frac{1}{3}$ der Amtsgerichts-Aktuare mit Patent des Ministeriums angestellt, und zwar so, daß meistens etwa 10 Jahre nach der Rezeption ein Aktuar diese Anstellung erhalte; dagegen würde die Anstellung aller Aktuare durch die Regierung ihre Schattenzeiten haben, indem sie auch wieder die Gewalt des Beamten über den Aktuar schwächen würde.

Abg. Eckhard erklärt, daß er, nachdem die Großh. Regierung in dieser Weise sich ausgesprochen habe, ebenfalls dem Antrag der Kommission beitrete.

Ebenso Abg. Kiefer, welcher noch hervorhebt, daß eine größere Zentralisation des Aktuarstandes im Interesse ihrer Ausbildung und des Bekanntwerdens ihrer Leistungen wünschenswerth und daher eine ausgebehntere Patentisirung derselben anzurathen sei.

Der Antrag der Kommission wird hierauf angenommen.

Sodann wird über die Petition verschiedener Bürger von Pforzheim, das Besetzungungsverfahren von Scheiterholz betreffend, zu welcher Abg. Mühlhauer den Bericht erstattete, nach Antrag der Kommission zur Tagesordnung übergegangen. Das gleiche geschieht nach dem Bericht des Abg. Schmezer bezüglich der Petition eines Josef Müller, die Wahlen betreffend.

Endlich wird die Kommission für die Gesezvorlage, die Aufhebung der Schulpatronate und die Konfession der an Gelehrtenschulen anzustellenden Lehrer betr., in geheimer

Wahl durch die Mitglieder Abg. Lamey und Lender verstärkt und damit die Sitzung geschlossen.

Nachträglich bemerken wir zu unserm Berichte über die gestrige Sitzung der Zweiten Kammer, daß bei der Abstimmung über den Gesetzentwurf, die Abänderung einiger Bestimmungen der Gemeindeordnung betreffend, überhaupt 47 Abgeordnete anwesend waren, von denen, wie schon mitgeteilt, einer (Lenz) dagegen stimmte, ein anderer (der Abg. Dr. Jolly, der seinen Platz am Ministertische eingenommen hatte) sich der Abstimmung enthielt.

† Karlsruhe, 15. Dez. 35. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Donnerstag den 16. Dez., Vormittags 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung des von dem Abg. Friedrich erstatteten Berichts über a) das ordentliche Budget der Postverwaltung, b) das ordentliche Budget der Eisenbahnbetriebsverwaltung, c) das ordentliche Budget der Bodensee-Dampfschiffahrtsverwaltung, d) das Budget über den umlaufenden Betriebsfond der Großh. Verkehrsanstalten (Post, Eisenbahnbetriebs- und Dampfschiffahrtsverwaltung), e) das Budget über den Antheil Badens an dem Reinertrag der Main-Neckar-Eisenbahn für die Jahre 1870 und 1871.

† Karlsruhe, 15. Dez. 17. Sitzung der Ersten Kammer. Tagesordnung auf Samstag den 18. Dez., Morgens 10 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung des von Fyhrn. v. Küdt erstatteten Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großh. Justizministeriums für 1870 und 1871. 3) Berathung des Berichts des Oberbürgermeisters Malisch über den Gesetzentwurf, den Betrieb der Wirtschaften und den Kleinhandel mit geistigen Getränken betreffend. 4) Erstattung und Berathung von Petitionsberichten.

Bermischte Nachrichten.

— Zweibrücken, 9. Dez. (Bl. Kur.) In einem motivirten Schreiben an das königl. Konsistorium in Speyer hat Dr. M o o f, der nach seiner Enthebung von der Stelle eines Pfarrverwesers in Berggarnen sein Domizil dahier aufgeschlagen hat, seinen Austritt aus dem protest. Kirchenbienst angezeigt.

Kalen, 13. Dez. (Sch. M.) Ein erschütterndes Ereigniß bewegte heute unsere ganze Stadt. Der durch die geschmackvolle Anlage, die er in den letzten Jahren geschaffen hat, auch in weiteren Kreisen bekannte und sonst allgemein beliebte Gastgeber zum Jägerhaus, Stegmair, vermiedte in der vergangenen Nacht seinen Hund und ging gegen 2 Uhr von Hause weg, um ihn zu suchen. Er kam lange nicht zurück, und seine Frau wurde dadurch veranlaßt, nach ihm zu sehen. Sie fand ihn, von 3 Stichen lebensgefährlich verletzt, in der Nähe des Gasthofes zur Harmonie, und im Begriffe, sich seiner anzunehmen, erhielt auch sie einen Stich, an dem sie ohne Hoffnung auf Rettung darnieder liegt. Ueber der Sache schwebt ein unheimliches Dunkel, und in der ganzen Stadt ist nur ein Wunsch, daß es gelingen möge, den oder die Urheber solch schändlichen Trevels zu entdecken und zur Strafe zu bringen.

— In Erlangen ist am 9. d. ein Korps der deutschen Jugendgenossen aus dem Leben geschieden, Hr. Gerh. v. C h e i t e, Ober nach ihm benannten Firma, ein Mann von seltener Arbeitskraft und rastloser Thätigkeit.

— Im Juni 1870 wird in Kassel eine Industrierausstellung stattfinden, zu welcher bereits aus allen Theilen Deutschlands Anmeldungen eingegangen sind. Das wittenberger Gebäude ist für diese Ausstellung angekauft.

— Hamburg, 10. Dez. Dr. Feod. Wehl, der Redakteur des Feuilletons der Reform, ist von dem Könige von Württemberg unter dem 6. d. M. zum Geheimen Hofrath ernannt worden. Hr. Dr. Wehl wird mit dem neuen Jahre einem Rufe nach Stuttgart als artistischer Direktor des dortigen Hoftheaters folgen.

— Berlin, 11. Dez. Der Seminarist Otto Wieland, der am 8. Aug. in der hiesigen Domkirche auf den Prediger Henrici geschossen hatte, wurde heute vom Schwurgericht zu zwölfjähriger Zuchthausstrafe verurtheilt.

— Die Wiener „Presse“ berichtet: Hr. Schaufert ist, wie es scheint, die Lust an Wien und seinem Burgtheater verlohren verleiht, denn er ist geflohen, binnen kurzem nach Garmersheim zurückzukehren und dort sein Amt, welches er bekanntlich nicht aufgegeben, sondern nur mit einjährigem Urlaub verlassen hatte, wieder anzutreten. In seiner Heimath will er ein Lustspiel vollenden, das schon jetzt ziemlich vorwärts gediehen sein soll und von welchem er Revanche für „1683“ hofft.

— Florenz, 13. Dez. Der Arno ist erheblich gefallen, für Bria ist keine weitere Gefahr. Man glaubt, daß die Ueberschwemmung 40 Tode gekostet hat. Am Samstag wurden 15 Leichen bereits aufgefunden.

Badische Chronik.

Karlsruhe, 14. Dez. Das Verordnungsblatt der Großh. Verkehrsverwaltung, Nr. 69, enthält Verfügungen und Bekanntmachungen, betreffend 1) Organisation des Postdienstes: Die bisher in Hornberg, Königshausen, Lichtenau und Ueberlingen bestandenen Posthaltereien werden in Postexpeditionen umgewandelt, und in Hornberg und Ueberlingen besondere Posthallenerrichtungen errichtet. Ferner wird die bisher dem Postamt Heidelberg zugetheilte Postexpedition Neudenau dem Post- und Eisenbahnamt Lauda unterstellt. 2) Gewichtsbestimmung für Drucksachen nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika: Erhaltener Mittelteil zufolge können nunmehr Drucksachen nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika bis zum Gewicht von 3 Pfund im Einzelnen, sowohl für den Weg über Bremen und Hamburg, als auch für den Weg durch Belgien und England, zur Beförderung angenommen werden. Dabei ist sowohl das deutsche wie das fremde Franko in den bisherigen Sägen auch ferner für je 2 1/2 Loth zu erheben und bezw. zu vergüten. Für Waarenproben und Muster bleibt die Gewichtsgrenze auf 15 Loth beschränkt. 3) Den direkten Personen- und Gepäckverkehr mit der französischen Eisenbahn: Tarif über den dormaligen Stand des direkten Personen- und Gepäckverkehrs zwischen Stationen der Großh. badischen Staatsbahnen einerseits und solchen der französisch-

schon Eisenbahnen, sowie London via Reß-Strasbourg anberaumt.

† Pforzheim, 14. Dez. Wie ich Ihnen bereits mitgeteilt, hatte der hiesige Katholikenverein zu einer am gestern Abend hier aberaumten öffentlichen Versammlung, in welcher die Verschmelzung der hiesigen konfessionellen Volksschulen besprochen werden sollte, den Landtags-Abgeordneten Hrn. E d h a r d eingeladen, einen Vortrag über den Gegenstand zu halten. Hr. E d h a r d hat dem Wunsche in einer Weise entsprochen, welche die Herzen der zahlreich Anwesenden in hohem Grade zu entzünden vermochte. In nahezu 1 1/2 stündigem glänzenden Vortrage entzettelte er ein solch klares und durchsichtiges Bild von dem Zustande des Volksschulwesens, wie es früher war und wie es jetzt ist, daß Jedermann sich ein richtiges Urtheil über die Sache bilden konnte. Redner sprach über die ersten Anfänge der Volksschulen als Kirchen- und Klosterschulen; gedachte des gänzlichen Darniederliegens des Schulwesens nach dem dreißigjährigen Kriege sowie seiner Bernaltigung bei uns in Baden bis zu der gegenwärtigen Regierung des unvergesslichen Karl Friedrich. Dieser legte den ersten Keim zur besten Gestaltung des Schulwesens; das Organisationsedikt vom Jahr 1803 gab dann die Grundzüge zu einem organischen Ausbau. Aber erst mit der Verleihung der Verfassung und der Thätigkeit der Kammer gelangte die Volksschule zur rechten Entwicklung. Redner hob die Bemühungen der Vertreter der beiden christlichen Konfessionen in der Ersten Kammer, nämlich des Prälaten H e b e l und des Bischofsverwesers v. W e s s e n b e r g, um Verbesserung des Schulwesens hervor, und verweilte dann bei den Bestimmungen des Volksschulgesetzes vom Jahr 1834. Hierbei, sowie zur bessern Gestaltung des Schulwesens überhaupt, hatten viele Geistliche wesentlich beigetragen. Damals wirkte die Kirche noch im Einklang mit dem Staate. Die Zeiten änderten sich aber; es kam zum Kirchenstreite und endlich zum Abschlusse der Konvention mit Rom. In dieser war ein Passus enthalten, welcher der Kirche das Recht zusprach, neben dem religiösen Unterrichte auch die „Erziehung“ der Jugend zu leiten. Dies war mit ein Grund, der die Kammer bestimmte, der gedachten Konvention die verlangte Genehmigung zu verweigern. Es erschienen nun die Kirchengesetze, welche die Kirche ganz frei gaben, und namentlich auch dieser das Recht überließen, die Kirchenämter selbst zu besetzen, und welche bestimmten, daß der öffentliche Unterricht vom Staate geleitet werde. Selbstverständlich mußte der Staat, der auf die Besetzung der Kirchenämter keinen Einfluß mehr hatte, nun staatliche Aufsichtsbehörden für die Volksschulen schaffen. In der untersten Aufsichtsbehörde, in dem Ortsschulrath, war aber dennoch den Geistlichen der nötige Einfluß gewahrt, da der Ortspfarrer als gesetzliches Mitglied in denselben berufen wurde. Die katholische Geistlichkeit verweigerte ihre Theilnahme, und zwar nicht zu ihrem Vortheil.

Auf das neue, im Jahre 1867 erlassene Schulgesetz übergehend, schilderte Redner dann den Unterschied zwischen der konfessionellen und der kommunal-schule. Er sprach über die Bedingungen, unter welchen eine „gemischte“ Schule mit obligatorischem, konfessionellem Religionsunterrichte, wie dies das Gesetz vorschreibt, beschaffen und eingeführt werden könne. Sodann betonte Redner die Gesichtspunkte, von welchen die Verschmelzung der Schulen eines Orts zu betrachten seien, und unterschied einen finanziellen, einen technischen und einen allgemeinen, den sozial-politischen, als den höchsten Gesichtspunkt. Insbesondere die Beförderung des letztern Gesichtspunktes führte den Redner auf die Höhe seines Vortrages. In schwingenden Worten führte er aus, daß, weitem Vaterlande die verschiedenen Bekenntnisse-gemischt durcheinander leben, wir auch befreit sein sollen, daß dieses Zusammensein und Zusammenleben ein friedliches und segensreiches sei. Wie der Dualismus im Kleinen nur Unglück bringe, so auch im Großen, im politischen Leben; dieser brachte uns des Ungemaches nur schon zu viel. Wirft man in der Gemeinde friedlich und im vollen Einverständnis zusammen, dann wird es auch im Staate so sein, und wird endlich dann auch Nord- und Süddeutschland die große, „gemischte Ehe“ zum Heile des Ganzen eingehen.

Nachdem Hr. E d h a r d seinen Vortrag geschlossen, sprach Hr. Gewerkschul-Direktor H u b e r Namens des hiesigen Katholikenvereins über die besondern Gründe, welche die Verschmelzung der hiesigen Schulen wünschen lassen, und hob hiebei als Hauptpunkt hervor, daß die der erstehenden Vereinigung auch den Kindern des katholischen Bekenntnisses ermöglicht werde, einen ausgedehnten Unterricht zu genießen, wie dieser seit Jahren schon an der erweiterten evangelischen Volksschule ertheilt wird. Der Vorsitzende sprach den Redner und insbesondere dem Hrn. Abg. E d h a r d sodann den Dank der Versammlung aus und schloß dieselbe, indem er den Anwesenden nochmals empfahl, nach Kräften dahin zu wirken, daß die gewünschte Vereinigung der hiesigen Volksschulen auch erreicht werde.

Heidelberg, 13. Dez. (M. V. L. Ztg.) Gestern hatte der hiesige Schloßverein nach längerer Unterbrechung wieder eine Zusammenkunft. Prof. O n d e n hielt einen Vortrag über die Zerstörung der Stadt und des Schlosses Heidelberg durch die Franzosen (im Jahr 1689). Stadtpfarrer Herß legte eine von ihm ausgearbeitete genealogische Tafel der Pfälzer Fürsten vor, welche dem Drucke übergeben werden wird. Auch wurde beschlossen, für Anlegung eines bequemen Fußpfades auf den Heiligenberg zu sorgen, und es wird dieses, bei dem Vorhandensein der nötigen Arbeitskräfte, unter Mitwirkung der Gemeinde Handhakenheim wahrscheinlich noch im Laufe des Winters ausgeführt werden. Die Großh. Domänenverwaltung hat gestattet, daß künftig bei allen Neuerungen am Schlosse und im Schloßgarten der Verein zu Rathe gezogen werde.

Baden, 13. Dez. (Frdg. Z.) Die Grundarbeiten für das neue, großartige Damppfad sind in Angriff genommen und wird überhaupt der Stadttheil hinter der Eißkirche, sowohl in der Höhe, als in der Ebene ein neues Ansehen gewinnen. Auch die bergmännischen Arbeiten zur besseren Fassung der warmen Quellen schreiten rüstig voran und wurde so eben wieder die Ausführung eines Stollens zur Soumission ausgeschrieben. Der schöne Tempel, den der Fürst von Fürstberg aus weißem Sandsteine beim Echo erbauen ließ, nähert sich seiner Vollendung und ebenso die Arbeiten im Schloßgarten, während das Gymnasium längst unter Dach ist. Von sonstigen Neubauten sind zu erwähnen die schöne Vergrößerung des Hotels Bellevue auf der Südseite der Stadt, daneben zwei kleinere Villen, eine solche hinter dem Konversationshause und vor Gunzenbach und eine Villa an der Bertholdstraße. Von ähnlichen Neubauten für das nächste Jahr hört man zur Zeit noch nichts und scheint man erst den genauen Plan des Pflanzens abwarten zu wollen, da dessen Umgebung ganz vorzüglich geeignet ist, einen neuen, prachtvollen Stadttheil hervorzurufen, denn hier ist der Boden ganz eben und die neu-

projektierten Straßen werden ihrer Ausführung nicht lange mehr entgegenharren müssen.

Offenburg, 12. Dez. (Oberrh. Cour.) Bei der heute abend stattgehabten außerordentlichen Hauptversammlung der badischen Männergesangsvereine waren im Ganzen von 141 74 Vereinen, und zwar 32 persönlich und 42 durch Vollmachten vertreten. In einer fast stündigen Verhandlung wurde die Tagesordnung, insbesondere aber der Entwurf der neuen Statuten nach eingehender und gründlicher Prüfung und Diskussion erledigt. Die Debatten waren sehr lebhaft. Zum Vorsitzenden des Hauptausschusses für die nächste 4jährige Amtsdauer wurde Hr. Gerichtsnotar Hammer aus Mühlheim, zum Sekretär Hr. Bürgermeister Reih von da und zum Kassier Hr. Blankenhorn von ebendasselbst und zu Beigeordneten die Hrn. Professor Seibagel und Kaufmann Bluff aus Freiburg erwählt. In dem Musikauschuß wurden erwählt: Hr. Hofmusikdirektor Krug aus Karlsruhe, ferner die Hrn. Musikdirektoren Jemmann aus Freiburg, Mohr aus Pforzheim, Pfeiffer aus Offenburg und König aus Mannheim. Zu Rechnungsprüfern endlich wurden von der Hauptversammlung ernannt die Hrn. Revisor Duffner und Kaufmann Klein aus Freiburg. Als Ort der nächsten Hauptversammlung wurde Pforzheim bestimmt. Wegen Festsetzung allgemeiner Bestimmungen über pünktliche Theilnahme an Proben und Aufführungen der bei Sängervereinen mitwirkenden Bundesvereinsmitglieder wurde beschlossen, daß in Zukunft die bei einem Feste an die Sänger vertheilt werdenden Festzettel nur zum Eintritt auf das Podium, nicht aber auch zum Betreten der Zubehörräume legitimiren sollen. Zum Schluß wurde auf den Vorschlag des Vorsitzenden beschlossen, daß in Zukunft alle Zusendungen an die Bundesvereine von Seite der Bundesverwaltung auf Kosten der Bundeskasse geschehen und auch die Kosten für Verpackung der Bundesliederhefte auf dieselbe übernommen werden sollen.

— Die „Freieig. Ztg.“ berichtet aus Triberg, 12. Dez.: Gestern Abend fand unter entsprechender Feierlichkeit für die Arbeiter der Durchbruch des 2700 Fuß langen Triberger Kehrtrunnels statt und wird nun der volle Ausbruch desselben sofort in Angriff genommen werden. Leider sollte ein dabei beschäftigter Arbeiter Tags zuvor durch einen herabfallenden Felsblock derart am Obertheil verletzt werden, daß die Amputation desselben unvermeidlich war, und heute hören wir, daß auf der Sommerau, Schacht Nr. 1, einem in denselben hinabsteigenden Arbeiter die eiserne Lampe entfiel und demselben den weit Untenstehenden auf den Kopf traf, daß er sofort eine Leiche war.

Ueberlingen, 11. Dez. (Konst. Ztg.) An dem hiesigen Münster, der in jüngster Zeit vielfach Gegenstand öffentlicher Besprechungen geworden, steht nunmehr eine umfängliche Restauration in Aussicht, die noch längere Zeit in Anspruch nehmen wird. Das Staatsministerium hat in jüngster Zeit erhebliche Beiträge pro 1870/71 aus den Ueberschüssen des hiesigen Spitals zur Münsterrestauration bewilligt, und zwar pro Jahr 4250 fl., für zwei Jahre also 8500 fl. Bedingung ist, daß aus diesen einwilligen Mitteln zwei neue Altäre hergestellt und die Fenster des Münsters mit Glasmalereien versehen werden sollen. Was vor der Hand aus den bewilligten Mitteln Leberchüssen zu diesem Zwecke nicht zureichen sollte, dafür möge der Kirchenfond in das Mitleiden gezogen werden. Der Klerus und die Kirchspielangehörigen haben diesen Regierungsakt mit freudigem Danke aufgenommen.

Karlsruhe, 14. Dez. (Schwurgericht.) Auflage gegen Christian Z o l l e r, 19 Jahre alt, ledig, vermögenslos, Schuhmacher von Stein, wegen Todtschlags. — Am 16. Sept. d. J. fand vor dem Schwurgerichte zu Bretten eine Verhandlung statt gegen 2 Burche von Stein, Karl Kauf und Christian Ruf, wegen gegenseitiger Körperverletzung; die beiden Beschuldigten fuhrten je mit ihren Anhängern und Zeugen des Morgens auf 2 Wagen zu der Verhandlung nach Bretten. Zur Partei des Christian Ruf gehörte der Angeklagte Zoller, zu derjenigen des Karl Kauf der nachmals Getödtete, Jakob Haberfern, 21 Jahre alt, ledig und Landwirth. Kauf wurde während der Verhandlung wegen ungebührlichen Benehmens gegen einen Zeugen von dem Amtsgerichte mit 24 Stunden Arrest belegt und diese Strafe sofort in Vollzug gesetzt, weshalb Haberfern die Führung des Kaufsigen Wagens übernahm. Des Abends etwa um 5 Uhr auf dem Heimwege trafen beide Parteien, die auf verschiedenen Wegen Bretten verlassen hatten, zufällig wieder im Aderwirthshaus zu Bauschlott zusammen, wo alsbald im Wirthszimmer eines geringfügigen Anlasses willen eine Kaufsrei zwischen ihnen entstand, die jedoch bald durch Dagwischenretten Dritter beendet wurde. Ein zweiter Ausbruch, und diesmal mit schlimmem Ausgang, erfolgte, als die Partei des Kaufs bald darauf den Heimweg antreten wollte und Haberfern aus Ungeschick mit dem von ihm gelenkten Wagen an denjenigen des Christian Ruf anfuhr. Des letztern Knecht Hottinger und der Angeklagte Zoller sprangen dem wegfahrenden Wagen nach, Zoller schleuderte einen Stein, Hottinger ergriff Haberfern's Peitsche, letzterer stieß ab, es entstand eine Kaufsrei, während welcher der Angeklagte dem Haberfern mit einem Dolchmesser zwei Stiche in die linke Weiche und Schulter veretzte. Der Stich in die Weiche verletzte Bauchfell und Gebärmere und führte nach Verlauf von 36 Stunden den Tod Haberfern's herbei. Die Verteidigung hatte insofern Erfolg, als die Geschworenen die Absicht zu tödten nicht als erwiesen annahmen; sie erklärten den Angeklagten der fahrlässigen Tödtung, verursacht durch vorläufige im Affekt verübte Körperverletzung, für schuldig, nahmen übrigens, entgegen den desfallsigen Ausführungen der Verteidigung, höchsten Wahrscheinlichkeitsgrad an. Da auch der Strafmißverstoßgrund des § 214 St.G.B. nach dem Wahrspruch dem Angeklagten zu Statten kam, so erkannte der Gerichtshof auf 7 Jahre Arbeitshaus oder 4 1/2 Jahre Einzelhaft.

Frankfurt, 15. Dez. Nachm. Oeffentl. Kreditaktien 243 1/2, Staatsbahn-Aktien 376 1/2, Silberrente 57 1/2, 1860r Loose 79 1/2, Amerikantur 91 1/2.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 16. Dez. 4. Quartal. 138. Abonnementvorstellung. Das Nachtlager in Granada, Oper in 2 Akten, von Conradin Kreuzer. „Gomez“ — Hr. B a n r i t z zum theatralischen Versuch.

Freitag 17. Dez. Mit allgemein aufgehobenem Abonnement. Zum Vortheil der hiesigen Armen. Zum ersten Mal: Die Harfenschule, Schauspiel in 3 Akten, von Brachvogel.

5.727. Rastatt. Freunden und Bekannten theilen wir die traurige Nachricht mit, daß unser lieber Gatte, Vater und Großvater, Franz Lang, Blechmeister Senior, Freitag den 10. d. M., Nachmittags halb zwei Uhr, in einem Alter von 68 Jahren 1 Monat, in ein besseres Jenseits abgerufen wurde. Wir bitten um stille Theilnahme.
Rastatt, den 14. Dezember 1869.
Die trauernden Hinterbliebenen.

5.730. In der Unterzeichneten ist zu haben:
Leben Karl Mathy's
von
Gustav Freitag.
Preis 3 fl. 36 fr.
G. Braun'sche Hofbuchhandlung in Karlsruhe.

5.720. Karlsruhe.
Fellmeth & Bergmann,
Hoflieferanten
Sr. H. H. des Grossherzogs Friedrich von Baden
und
Sr. D. des Fürsten Carl Egon zu Fürstenberg
beehren sich die Eröffnung ihrer auf das Reichhaltigste assortirten
Weihnachtsausstellung
anzukündigen, und zum Besuch derselben ergebenst einzuladen.

5.583. Als schönste Weihnachtsgabe wird empfohlen:
Jahresblüthen
von Allwine Schröder.
13 Blätter Folio in Farbendruck, in höchst eleganter Leinwand-Mappe.
Preis 20 fl. rhein.
Verlag von A. Kiefersfeld's Hofbuchhandlung in Karlsruhe.

5.405. Karlsruhe.
Gebrüder Leichtlin
beehren sich die Eröffnung ihrer, in gewohnter Reichhaltigkeit ausgestatteten **Weihnachts-Ausstellung** anzuzeigen und zu deren Besichtigung höflichst einzuladen.
Den geehrten auswärtigen Gönnern diene zur Nachricht, daß auch an den Sonntagen das Ausstellungslokal geöffnet bleibt.

5.72. Freiburg i. B.
Große goldene Verdienst-Medaille der Industrie-Ausstellung in Karlsruhe 1861.
Große Freiemedaille der Londoner Welt-Ausstellung 1862.
Große goldene Medaille der Altona 1869. Erster Preis für Ankeruhren.
Silberne Medaille der Welt-Ausstellung in Paris 1867.
Große Freiemedaille der Industrie-Ausstellung in Besancon 1860.
Ankeruhren, Cylinderruhren und Regulatoren
für die diesjährige Weihnachts-Saison in größter Auswahl und unter Garantie für wirkliche Güte und Solidität empfiehlt zu möglichst billigen Preisen:
J. H. Martens, Uhrenfabrikant
in Freiburg i. B., Bernhardtstraße Nr. 5 beim Gesellenhause.
(Früher an der Großen Uhrmacherschule in Furtwangen.)
NB. Um Irrungen zu vermeiden bitte genau auf meine Adresse zu achten!

Eine oder zwei **Preussische Lebens-Versicherungs-Gesellschaft** sucht einen **tüchtigen zuverlässigen Agenten** für Karlsruhe und Umgegend gegen hohe Provision.
Adressen abzugeben in der Expedition dieser Zeitung sub Lit. S. F. 5.728.

Patent 1868. **Stuttgart.** Württemb. Medaille 1869.
Dr. Link's Malz-Extracte,
mit Auszeichnung empfohlen von den Professoren der Medizin: **F. von Niemeyer in Tübingen, J. A. Werber in Freiburg** (Heilmittellehre, pag. 341), **J. Doppelzer in Wien** (Vorlesungen über spezielle Pathologie, pag. 481), **Carl Vogt in Leipzig** (Gartenlaube 1866, 1) u. v. A., vorzüglich erprobt gegen **chronische Brustleiden, Abmagerung, Schwäche, Consumtions-Krankheiten** etc. werden von uns einzig und ausschließlich dargestellt, und warnen wir nachdrücklich vor Nachahmungen.
E. K. Link & Co.
Das **General-Depot** für Baden:
Ch. Klein in Pforzheim.
Das **Haupt-Depot** für Karlsruhe und Umgegend:
Friedr. Röhlich in Karlsruhe.

5.86. **Die Direction.**
Passendes Weihnachtsgeschenk!
Eine Sammlung **zweistimmiger Choräle**
aus dem badischen Choralbuch mit unterlegtem Text der schönsten Lieder aus dem badischen Gesangbuch, arrangirt von **A. Barner**, Großh. Hoforganist.
Für Schule und Haus geeignet. Preis 18 fr.
Zu beziehen durch die **Kreuzbauer'sche Buchhandlung** und die **Musikalienhandlung von A. Frei** in Karlsruhe. 5.645.
Referendarstelle
offen bei Anwalt **Jutt** in Mosbach. 5.423.

5.725. Karlsruhe.
Für **Weihnachtsgeschenke**
empfehle meine bekanntesten Artikel bestens.
Louis Lauer, Akademiestraße 12,
Chocolade-, Thee- und Fruchthandlung.
Bestellungen nach Auswärts werden pünktlich und wohlverpackt ausgeführt.

5.725. Karlsruhe.
Für **Weihnachtsgeschenke**
empfehle meine bekanntesten Artikel bestens.
Louis Lauer, Akademiestraße 12,
Chocolade-, Thee- und Fruchthandlung.
Bestellungen nach Auswärts werden pünktlich und wohlverpackt ausgeführt.

Verlag von **Albert Goldschmidt** in Berlin.
Ferd. Schmidt, Weltgeschichte.
Mit Illustrationen von **Georg Meibren.**
Vollständig in 25 bis 30 Lieferungen.
à 18 fr.

Obgleich dieses gebiegene Werk bis zum Weihnachtsest nicht vollständig wird, sondern erst im Laufe des Jahres 1870 seinen Abschluß findet, so können doch die bereits erschienenen Hefen — die so großen Anklang allseitig gefunden haben — als ein sehr passendes Weihnachtsgeschenk empfohlen werden.
Jung und Alt wird die Weltgeschichte von **Ferdinand Schmidt** mit Freude begrüßen, lesen und daraus lernen; die Jugend wird dem Erzähler mit Begeisterung folgen, ihr Sinn für Wahrheit und Recht und ihre Empfänglichkeit für alles Erhabene werden gestärkt werden und edle Früchte tragen.
Folgende Urtheile sind wohl zu beachten:
„Ferdinand Schmidt's Schriften können nicht verfehlen, einen wohlthätigen und tiefgreifenden Einfluß auf das Gemüth des heranwachsenden Geschlechtes auszuüben.“
Prof. Dr. Böck.
„Wer, wie Ferdinand Schmidt, mit redlichem Fleiße nach der wahren Geschichte trachtet, wer mit einfacher Klarheit der Darstellung herzliche Wärme beriebt, wer mit treu geschultem Instinct einen ungefühlten Adel der Form verbindet, dem hat die Vorsehung den Griffel in die Hand gedrückt: den Kindern die Geschichte der Väter, dem Volke die Geschichte des Vaterlandes zu erzählen.“
Prof. Dr. Lazarus.

Bestellungen nimmt die unterzeichnete Buchhandlung entgegen. Die erste Lieferung wird auf Verlangen zur Ansicht versandt.
G. Braun'sche Hofbuchhdlg.
in Karlsruhe. 5.714.

5.575. Karlsruhe. Die rühmlichst bekannten:
Düsseldorfer Punschsyrope
von **J. A. Noeder, Königl. Preuss. Hofl.,**
empfehlen
G. Arleth.

5.625. **O. Wildermuth's Schriften für die Jugend.**
Für Freisunden. Geb. 2 fl. 24 fr.
Jugendgabe. Geb. 2 fl. 24 fr.
Nidergauß. Geb. 2 fl. 24 fr.
Aus Schloß und Hütte. Geb. 2 fl. 24 fr.
Von Berg und Thal. Geb. 2 fl. 24 fr.
Aus der Kinderwelt. Geb. 2 fl. 24 fr.
Hofbuchhandlung in Karlsruhe.

5.602. Nr. 55,491. Karlsruhe.
Bekanntmachung.
Die Aufgabe der sogenannten Weihnachtssendungen zur Post betr.
Erfahrungsgemäß wird von den meisten Personen mit der Aufgabe der f. g. Weihnachtssendungen zur Post bis auf die letzten Tage vor Weihnachten zugewartet.
In Folge dessen kommt den Großh. Postämtern alljährlich eine so große Anzahl von Sendungen in dieser Zeit zu, daß es ungeschicklich der Anwendung aller zu Gebote stehenden Mittel rein unmöglich ist, sie insgesammt rechtzeitig befördern zu können.
Hierauf machen wir mit dem Aufsuchen aufmerksam, daß nur dann mit Sicherheit auf rechtzeitige Beförderung der Weihnachtssendungen gerechnet werden kann, wenn mit deren Aufgabe zur Post nicht bis auf die letzten Tage vor Weihnachten zugewartet wird.
Director der Großh. Postämter.
S i m m e r.

Weihnachtsgeschenke für Damen.
In der Unterzeichneten und in allen Buchhandlungen ist zu haben:
Zwei
Shakespeare - Vorträge.

Gehalten zu Gunsten des badischen Frauenvereins von
Otto Debrint.
Preis brochirt 1 fl. 24 fr., elegant gebunden mit Goldschnitt 2 fl.

5.718. Karlsruhe.
Dr. Grohe's Vorlesung
seines Gedichts „Die Hochzeit zwischen Geist und Herz“, mit einer Einleitung: „Ueber den Einfluß des Orients auf die neuere deutsche Poesie“, findet statt am Samstag den 18. d. M., Abends 7 Uhr, im Saale der Gewerbehalle.
Die Subscriptionsliste sirkulirt.
Abends an der Kasse Special-Billets à 1 fl. à 36 fr.

5.681. Karlsruhe.
Aufforderung.
Da in der zweiten Hälfte Decembers die Revision der Großh. Hofbibliothek vorgenommen wird, so werden alle diejenigen, welche Werke entliehen haben, hierdurch aufgefordert, dieselben zurückzugeben.
Karlsruhe, den 13. December 1869.
Großherzogliche Hofbibliothek.
D 5 1 1.

5.602. Nr. 55,491. Karlsruhe.
Bekanntmachung.
Die Aufgabe der sogenannten Weihnachtssendungen zur Post betr.
Erfahrungsgemäß wird von den meisten Personen mit der Aufgabe der f. g. Weihnachtssendungen zur Post bis auf die letzten Tage vor Weihnachten zugewartet.
In Folge dessen kommt den Großh. Postämtern alljährlich eine so große Anzahl von Sendungen in dieser Zeit zu, daß es ungeschicklich der Anwendung aller zu Gebote stehenden Mittel rein unmöglich ist, sie insgesammt rechtzeitig befördern zu können.
Hierauf machen wir mit dem Aufsuchen aufmerksam, daß nur dann mit Sicherheit auf rechtzeitige Beförderung der Weihnachtssendungen gerechnet werden kann, wenn mit deren Aufgabe zur Post nicht bis auf die letzten Tage vor Weihnachten zugewartet wird.
Director der Großh. Postämter.
S i m m e r.

Frankfurt, 14. Decbr.		Staatspapiere.		Ausschuss-Loose.	
Per compt.		Per compt.		Per compt.	
Preuss. 5 1/2% Obligationen	93 1/2 P.	Deherr. 5% Einh. Stsch. i. P.	49 1/2 P.	3 1/2% Preuss. Pr. R.	56 1/2 P.
4 1/2% do.	91 1/2 P.	5% do. 1852 i. P.	—	Kurb. 40 Thlr.-R.	38 P.
Frankf. 3 1/2% Obligationen	81 bez.	5% do. 1859	—	Pruss. 20 Thlr.-R.	17 1/2 P.
Nassau 4 1/2% Obligationen	92 P.	5% Met. v. 1865 1/2	—	5% Pruss. Präm. R.	108 P.
4% do.	—	5% Met. v. 1854	—	Pruss. Gungelb. R.	11 1/2 P.
3 1/2% do.	81 1/2 P.	5% Met. v. 1871	—	4 1/2% Badische	104 1/2 P.
4% Oblig. à 105	84 1/2 P.	4 1/2% Metall. Oblig.	—	Bad. 35-fl.-Loose	53 1/2 P.
5% Obligationen	101 1/2 P.	5% Ung. Cisp.-Akt.	—	Gr. Hess. 50-fl.-R.	178 1/2 P.
4 1/2% 1-jährig	91 1/2 P.	Rußl. 5% Dol. in R. à fl. 12	84 1/2 P.	Gr. Hess. 25-fl.-R.	45 1/2 P.
4 1/2% 1-jährig	86 1/2 P.	Finmb. 6% Dol. in R. à 105	93 1/2 P.	Dehr. 250 fl. v. 1839	180 1/2 P.
4 1/2% 1-jährig	86 1/2 P.	Belgien 4 1/2% Dbl. i. R. à 28	104 1/2 P.	250 fl. v. 1854	77 1/2 P.
4 1/2% 1-jährig	86 1/2 P.	Italien 6% Dbl. v. Tabaksteuer	88 P.	500 fl. v. 60%	79 1/2 P.
Sachs. 5% Oblig. à 105	92 P.	5% Venet.	—	100 fl. v. 1864	113 1/2 P.
4% do.	84 1/2 P.	Schw. 4 1/2% D. i. R. à 105	86 1/2 P.	100 fl. v. 1864	160 1/2 P.
3 1/2% do.	81 P.	Schw. 4 1/2% Dbl. i. R. à 28	103 P.	Schw. 100 fl. v. 1864	113 1/2 P.
4 1/2% Obligationen	92 1/2 P.	4 1/2% Bern. Stadt-D.	99 1/2 P.	Finmb. 100 fl. v. 1864	86 1/2 P.
4% do.	85 1/2 P.	4% do.	—	5% Bond. fr. 100	—
3 1/2% do. v. 1842	82 1/2 P.	N.-Am. 6% St. i. D. 1881 v. 61	93 1/2 P.	3% Antw. v. 1867	—
G. Hess. 5% Obligationen	102 P.	6% do. r. 1881 v. 64	93 1/2 P.	3% Brüssel v. 1862	—
4% do.	92 1/2 P.	6% do. r. 1882 v. 62	91 1/2 P.	3% v. 1868	—
3 1/2% do.	87 1/2 P.	6% do. r. 1885 v. 65	90 1/2 P.	4% Florenz fr. 100	75 P.
4% Obligationen	82 1/2 P.	6% do. r. 1887 v. 67	90 1/2 P.	5% Mailand fr. 100	—
5% do.	87 1/2 P.	5% do. r. 1871 v. 61	85 P.	5% Paris fr. 100	—
Deherr. 5% Einh. Stsch. i. P.	57 1/2 bez.	5% do. r. 1874 v. 58/59	90 1/2 P.	5% Wien fr. 100	—
5% do. i. P.	48 1/2 P.	5% do. r. 1904 v. 64	87 1/2 bez.	5% do. r. 1874 v. 58/59	—

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.
Mit einer Zeit. und dem stenograph. Bericht über die Verhandlungen der bad. Ersten Kammer, Viertes Bog.